

# «Die Verdichtung darf nicht auf Kosten der Wohnqualität gehen»

• • • • •

Interview: Pieter Poldervaart  
Bilder: Henri Leuzinger



**Erstmals wurden im Raumkonzept Schweiz die Funktionen und Aufgaben der Städte und Metropolitanräume definiert. Kathrin Martelli, Vorsteherin des Hochbaudepartements der Stadt Zürich und Präsidentin der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), setzt auf die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Damit die Stimme der Städte vernehmlicher wird, solle man nicht neue Strukturen schaffen, sondern das Lobbying verstärken.**

Kathrin Martelli, 1952, verheiratet, zwei erwachsene Kinder. 1968 bis 1971 kaufmännische Ausbildung, 1971 bis 1975 Berufstätigkeit als Sekretärin, 1975 bis 1994 Mutter, Hausfrau und politische Tätigkeit: 1977 Eintritt in die FDP Zürich 8, seit 1982 Vorstand FDP der Stadt Zürich, 1992 bis 1997 Vorstand FDP Kanton Zürich, 1987 bis 1994 Gemeinderätin der Stadt Zürich (Legislative), 1991/92 Präsidentin des Gemeinderats. Seit 1994 Stadträtin der Stadt Zürich, 1994 bis 2002 Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartments, ab 2002 Vorsteherin des Hochbaudepartements. 2001 bis 2007 Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, seit Juni 2002 Präsidentin der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), seit Juni 2003 Verwaltungsratsmitglied der Aktiengesellschaft für Kernenergie-Beteiligungen Luzern (Akeb) und seit 2008 im Rat für Raumordnung (ROR).

**Ein Schwerpunkt des Raumkonzepts Schweiz ist die Stärkung der drei Metropolitanräume. Freut Sie diese Anerkennung?**

Allerdings. Vor fünf Jahren beklagte ich in einem Vortrag vor der Vereinigung für Landschaftsplanung, dass die Städte im Raumplanungsgesetz schlicht nicht genannt werden. Im Raumkonzept dagegen kommen die Städte nicht nur vor, sondern das Dokument akzeptiert, dass die Metropolitanräume die Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung und damit der Ausgangspunkt der Raumplanung sind. Man beginnt, die Schweiz von den Städten her zu denken und nimmt Abschied von der Idee des Heidilands.

**Was bringt diese Bestätigung den Städten? Ist es mehr als ein blosses Schulterklopfen aus Bundesbern?**

Streng genommen braucht es diese Bestätigung gar nicht. Doch neben der Anerkennung werden wir auch mehr in die Pflicht genommen: In Zukunft muss die Stadt Zürich noch stärker als bisher daran denken, dass wir Teil der Schweiz sind. Wenn wir uns darauf beschränken, uns über unsere Qualitäten zu freuen, genügt das nicht mehr. Das grosse Verdienst des Raumkonzepts ist es, die verschiedenen Regionen der Schweiz mit ihren jeweiligen Stärken zu benennen. Das Papier verzichtet aber darauf, zu werten – denn die Vielfalt der Vorzüge macht die Schweiz ja gerade aus. Den geforderten Weg der Zusammenarbeit gehen wir in Zürich sehr bewusst: Zum einen haben wir uns einen Legislatorschwerpunkt «Allianzen schaffen – Politik über die Grenzen hinaus» gegeben. Zum andern sind wir aktiver Partner der Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU), die ich präsidiere. Die Einsicht, dass wir kooperativer denken müssen, setzt sich langsam durch.

**Wirken die Impulse, die das Raumkonzept gibt, auch über die Stadt hinaus?**

Wir haben das Raumkonzept vor allem in den städtischen Gremien diskutiert. In der RZU haben wir festgestellt, dass sich unser Leitbild aus dem Jahr 2005 in weiten Teilen mit dem Raumkonzept deckt. Beispiele dafür sind die Fragen, wo Verdichtungsräume liegen oder wo die Entwicklungszentren angesiedelt werden sollen. Dies zeigt, dass das Raumkonzept sehr tauglich ist. Der Grund dafür dürfte in der Art liegen, wie das Raumkonzept entwickelt wurde: Die Inputs kommen von unten, statt dass das Bundesamt ein Konzept am Schreibtisch verabschiedet und erst dann in die Vernehmlassung schickt. Ein solches partizipatives Vorgehen des Bundes ist meines Wissens einzigartig.

**Die RZU verabschiedete anlässlich ihres Jubiläums eine Charta. Was heisst das für die Raumentwicklung?**

Diese Charta ist in erster Linie eine Absichtserklärung, die eine gemeinsame Werthaltung zum Ausdruck bringen will. Zentral ist etwa die Forderung, dass in die Qualität des Wohnumfelds investiert werden soll. Der nächste Schritt besteht nun darin, diese Erklärung in detaillierte Projekte umzugliessen. Unser Instrument sind Plattformen, die wir für die einzelnen Themen einrichten. Beispiele dafür sind der Verdichtungsraum, an dem die Stadt Zürich zusammen mit dem Glattal und dem Limmattal kooperiert. Ein anderes Beispiel ist der Landschaftsraum Limmat, bei dem der Kanton Aargau ebenfalls involviert ist. Je nach Thema können mehr oder weniger Gemeinden an einer Plattform beteiligt sein. Es muss nicht jedes Problem von allen RZU-Beteiligten diskutiert werden. Dass sich die Theorie in die Praxis umsetzen lässt, diesen Tatbeweis müssen wir allerdings erst noch erbringen.

**Die RZU engagiert sich auch überkantonale – wo setzen Sie die Grenzen?**

Wenn es von der Funktion her Sinn macht, werden jene Körperschaften eingeladen, die davon betroffen sind. Oft hängt es auch von den verantwortlichen Personen ab, wenn etwa der Aargauer Kantonsplaner sich die Zeit nimmt, sich persönlich zu engagieren. Manchmal reicht es aber, wenn zwei Gemeinden ihr Problem bilateral lösen.

**Gerade auf Gemeindeebene geht es oft um die Neuerschliessung von Bauzonen. Wie löst die RZU diesen Clinch?**

Der grösste Konflikt zeigt sich dann, wenn man dort weiter verdichten will, wo schon gute ÖV-Knoten bestehen. Das hat zur Konsequenz, dass etliche Gemeinden auf ihre Bauzonen verzichten müssten, was einen wirtschaftlichen Verlust bedeuten würde. Ein freiwilliger Verzicht auf ausgeschiedene Bauzonen müsste etwa durch Umlegungen entschädigt werden. Wir haben in der RZU schon darüber diskutiert, doch der Weg ist lang. Nötig wäre eine Gesetzesänderung. Aber bis der Bewusstseinswandel erfolgt ist, dürfte noch einige Zeit vergehen, auch wenn der Wert der Landschaft je länger je mehr erkannt wird. Eine dichte Stadtlandschaft ist nichts wert ohne eine intakte Landschaft darum herum. Das Leitbild der RZU ist ein Auftakt. Doch wir stehen erst am Anfang. Diskussionen löste etwa die Klassifizierung des Furttals aus, das wir als Erholungsraum beschreiben. Verschiedene Gemeinden wehrten sich daraufhin. Sie wollten nicht zum Wohnzimmer von Zürich verkommen, sondern weiterhin eigene Entwicklungsmöglichkeiten haben. Solche Reaktionen zeigen, wie wichtig es ist, die Raumplanung zum Diskussionssthema zu machen.



**Zu reden gibt auch die Idee von strategischen Arbeitsplatzzonen, die nach «Galmiz» entstand. Interessiert sich Zürich dafür, eine solche Fläche bereitzustellen?**

Tatsächlich sind wir mit den Gemeinden des Glatt- und Limmattals daran, vor allem die Bedingungen als Wissensstandort vorzubereiten für neue Technologien, Life Sciences und Hochschulen. Priorität hat derzeit der ehemalige Militärflughafen Dübendorf – ein spannendes Thema.

**Bei der Bereitstellung grosser Industrie- und Gewerbeflächen ist Zusammenarbeit gefragt, eine Kooperation, wie sie die RZU seit 50 Jahren pflegt. Ein Erfolgsmodell?**

Gegründet wurde die RZU für die Koordination des Richtplans. Doch inzwischen geht es nicht mehr nur um eine Zusammenarbeit, wenn eine Überarbeitung des Richtplans ansteht. Der Auftrag der RZU wurde auf die räum-

liche Entwicklung insgesamt ausgeweitet. Im letzten Jahr beschäftigten uns etwa Themen wie Einkaufszentren, Park&Ride und andere Infrastrukturen. Indem man begonnen hat, fürs Ganze und damit über die eigenen Gemeindegrenzen hinaus zu denken, tritt der Konkurrenzgedanke in den Hintergrund.

**Wie formell ist die RZU organisiert?**

Immer wieder taucht die Frage auf, ob das Mitmachen freiwillig bleiben oder stärker formalisiert werden soll. Denkbar wäre eine zusätzliche Behördenstufe. Doch aktuell sind wir der Meinung, die Freiwilligkeit überzeuge stärker, umso mehr, als der Kantonsrat für die Richtplanung zuständig ist. Denn wir glauben nicht, dass eine weitere Hierarchiestufe tatsächlich mehr Durchschlagskraft bringen würde.

Es geht natürlich auch anders. Wir informierten uns über das Modell Bern, das lange als Musterregion galt, von der man aber nicht mehr so viel hört.

Weiter machten wir uns kundig, wie das Modell Stuttgart funktioniert. Dort sahen wir, dass ein ganzer Apparat aufgebaut wurde – mit entsprechend grossem Aufwand. Bei uns sind die allermeisten Funktionen wie Präsidentin und Delegierte ehrenamtlich. Wir kommen mit fünf Stellen und 1,2 Millionen Franken Jahresbudget aus. Vermutlich entspricht dieses freiwillige Vorgehen auch der Schweizer Mentalität besser.

**Zurück zum Raumkonzept. Welche Schlüsse ziehen Sie aus dem jetzt vorliegenden Entwurf in Sachen Revision des Raumplanungsgesetzes?**

Natürlich wäre es sinnvoll, wenn die kooperativen Verfahren festgeschrieben würden oder wenn deutlich gemacht würde, was Priorität hat bei der Verdichtung: der Lärmschutz, der Umweltschutz oder das verdichtete Bauen. Denn gerade in Städten leben wir mit dem Dilemma, dass Verdichtung mehr Lärm bringt und damit an Grenzen stösst. Das führt oft dazu, dass Infrastrukturen wie Grossverteiler eben doch auf die grüne Wiese ausweichen, dort Land beanspruchen und Mehrverkehr erzeugen. Doch eigentlich braucht es keine RPG-Revision. Der grösste Mangel ist, dass nicht vollzogen wird, was gilt. Der Bund hätte es durchaus in der Hand, aktiver zu sein. Ein Beispiel ist die Flughafenfrage: Hier agierte der Bund sehr zögerlich, er hätte frühzeitig den Kantonen und Regionen klar machen müssen, wo aus Gründen der Lärmbelastung nicht mehr neu gebaut werden darf. So oder so plädiere ich dafür, dass das Raumkonzept verbindlich wird – dafür muss es vom Bundesrat verabschiedet werden.

**Eine andere Form der Kooperation ist das Städtenez Schweiz. Braucht es dieses überhaupt noch?**

Unbedingt. Die Städte haben schliesslich gemeinsame Interessen, die bisher kaum vertreten worden sind. Was noch fehlt, sind die Forderungen des

Städtenetzes im Einzelnen. Für uns ist es unbefriedigend, dass für den Bund noch immer ausschliesslich der Kanton der Ansprechpartner ist, nicht aber die Städte. Das Bewusstsein, dass die Städte dazu bereit sind, ist in der Bundesverwaltung noch kaum verankert.

### **Braucht es also eine neue Organisationsebene?**

Ich bin skeptisch. Statt dafür Energie und Geld zu investieren, bevorzuge ich freiwilliges Engagement und Lobbying. Vorher muss man sich aber natürlich in den Anliegen finden. Neben den ersten zwölf Städten gibt es bereits weitere Städte, die ebenfalls beim Städtenetz mitmachen wollen. Wir können also darauf hoffen, dass in Zukunft die Gesetze vermehrt so ausgestaltet werden, dass sie die besonderen Anliegen und Situation der Städte berücksichtigen.

### **Trotz diesen Klagen brillieren die Schweizer Städte, allen voran Zürich, mit hoher Lebensqualität. Wo wollen Sie diesbezüglich Akzente setzen?**

Ein wichtiges Ziel muss sein, unsere hervorragende Stellung zu halten. Dies ist umso wichtiger, als Zürich und das RZU-Gebiet stark wachsen. Es gilt daher, diesen Zuzug ebenfalls nachhaltig zu bewältigen und dafür zu sorgen, dass die nachhaltige Stadtplanung und das nachhaltige Bauen weitergeführt werden. Vieles ist für uns in der Schweiz selbstverständlich, was andernorts helle Begeisterung auslöst. Kürzlich stand ich mit einer chinesischen Behördendelegation am Zürichsee. Als diese eine Gruppe von Badenden sah, war sie nicht mehr zu halten – Schwimmen in öffentlichen Gewässern ist in städtischen Regionen Chinas unvorstellbar.

Angesichts der Zuwanderung in der Stadt und im ganzen RZU-Gebiet müssen wir insbesondere verdichten. Für unsere Stadt heisst das, in die Höhe zu bauen und Industriezonen gut um-



zunutzen. Mein Anliegen wurde in den Medien mit «Singapurisierung» zusammengefasst. Im Ergebnis mag dies stimmen, selbstverständlich gilt dies aber nicht in der Menge und für das politische Vorgehen.

### **Welche Gebiete kommen diesem Ziel schon heute nahe?**

Unsere Neubaugebiete entsprechen diesen Forderungen meistens, auch wenn es die Bevölkerung manchmal schockiert. In Höngg etwa wird eine grosse Blockrandbebauung erstellt, sieben bis acht Stockwerke hoch; oder in Altstetten, wo ähnlich hohe Bauten entstehen – neben relativ kleinen Mehrfamilienhäusern. Ziel muss sein, guten Wohnraum für alle zu schaffen. Weil wir dicht bauen, ist es umso wichtiger, ein attraktives und grünes Wohnumfeld zu schaffen.

### **Wird der aktuelle Trend «Zurück in die Stadt» anhalten?**

Weltweit weist die Entwicklung hin zu einer Konzentration des Wohnens und Arbeitens. Man baut dort, wo die Infrastruktur, die Erschliessung und die Verkehrsadern vorhanden sind. Natürlich gibt es immer auch Gegenbewegungen zurück aufs Land. Dabei muss sich die

Verstädterung nicht auf die Kernstadt beschränken, sondern bezieht die Agglomeration mit ein.

### **Wie wird das «Millionenzürich» in 50 Jahren aussehen?**

Machen wir uns die Rahmenbedingungen klar: Aktuell haben wir in der Stadt Zürich einen Wohnflächenbedarf von 52 Quadratmetern pro Kopf – vor zwei Generationen wohnte auf dieser Fläche eine vierköpfige Familie. Ohne Einbruch der Weltwirtschaft wird Zürich weiter wachsen, aber je länger je hochwertiger. Die Verdichtung wird zunehmen – was sein darf, aber nicht auf Kosten der Qualität. Denn nur so können wir uns als Standort von anderen Regionen und Städten abgrenzen.

### **Und was kann das Raumkonzept Schweiz dazu beitragen?**

Dank der Definition der Metropolitanräume und ihrer Aufgaben unterstützt das Raumkonzept diese Entwicklung. Das motiviert und unterstützt uns. Dazu trägt insbesondere auch die Art und Weise bei, wie es entstand: kooperativ. Gerade so, wie auch die heutige Planung sein sollte.